

## Kapitel 19.2.2

### Erläuterung zur Verwendung von Aushubmaterial

Das vorliegende Kapitel soll über den Umgang mit dem ausgehobenen Bodenmaterial informieren, das nicht wieder eingebaut werden kann. Details zum allgemeinen Umgang mit den Böden sind Kap.1 Ziffer 4.3 und Kap. 19.2.1 Ziffer 6 zu entnehmen. In erster Linie wird der ausgehobene Boden, soweit dazu geeignet, in ursprünglicher Horizontierung wieder zum Schließen des ausgehobenen Rohrgrabens sowie der Baugruben verwendet (DIN 19639, DIN 19731, DVGW G451). In der Regel fällt hierbei durch die Bodenverdichtung rund um das Rohr kein Überschussboden an. Entlang der Trasse kommt es zu keiner wesentlichen, optisch wahrnehmbaren Reliefveränderung in der Landschaft.



Landschaft nach Rekultivierung: Beispiel Zeelink (DN 1000).

Überschüssiger Boden, also Bodenmaterial welches nicht wieder vor Ort eingebaut werden kann, kann unter anderem an folgenden Stellen anfallen:

- an geschlossene Querungen, bei denen Konstruktionsteile im Boden als Teil des technischen Bauwerkes verbleiben,
- wo der ursprüngliche Boden nicht für den Wiedereinbau geeignet ist,
- in Bereichen mit Einbau ggf. von Auftriebsschutz, und
- an Orten, an denen Boden dauerhaft bebaut (versiegelt) wird.

Bei geschlossenen Querungen und auf der Linie fallen vorrangig C- und ggf. B-Bodenmaterial an; bei dauerhaft versiegelten Flächen A-, B-, und ggf. C-Bodenmaterial.

Organische Böden, aufgeweichte bindige Böden und Torfe sind potenziell nicht wiedereinbaufähig und sind ggf. abzufahren. Der anteilige Aushub dieser Böden im Regelgrabenprofil wird auf maximal 35 % des Aushubs geschätzt, was 33600 m<sup>3</sup> ohne bzw. 51100 m<sup>3</sup> mit 45° Böschungswinkel entspricht. Über die potenziell anfallenden Mengen Sulfat-sauren Bodens kann bislang keine Aussage getroffen werden.

Es ist zu beachten, dass unvermeidbar abzufahrender Boden dem Grundstückseigentümer gehört und diesem zunächst anzubieten ist. Möchte der Eigentümer potenziell überschüssigen Aushub selbst übernehmen, kann er ihn sich anliefern lassen. Die hierfür eventuell erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen sind vom Eigentümer selbst zu beschaffen.

Überschüssiger einbaufähiger Boden, wie er an geschlossenen Querungen oder bei dauerhafter Bebauung anfällt, der nicht vom Eigentümer übernommen wird, wird nach Möglichkeit nicht auf eine Deponie verbracht, sondern hochwertig verwendet (DIN 19731, BBodSchV). Zudem wird darauf geachtet mit Boden sparsam umzugehen und vor allem Mutterboden vor Vernichtung zu schützen (BauGB). In der Regel wird an anderer Stelle auf der Baustelle früher oder später Boden benötigt. Dies betrifft beispielsweise Bereiche, in denen ursprüngliches Bodenmaterial wegen Kontamination oder aus mechanischen Gründen nicht wieder eingebaut werden kann und daher ausgetauscht/entsorgt werden muss. Hierbei ist zu beachten, dass der Einbau von externem Bodenmaterial die natürlichen Bodenfunktionen in Abhängigkeit der Standorteigenschaften am Einbauort bestmöglich erfüllt (DIN 19639, DIN 18915, BBodSchG). Grundsätzlich ist die Zustimmung der Bodenkundlichen Baubegleitung zu Bodentransporten und -einbau erforderlich.

Nach Absprache mit den zuständigen Bodenbehörden (Wittmund, Friesland und Wilhelmshaven) und dem NLWKN kann überschüssiges Bodenmaterial, welches nicht zum Wiedereinbau geeignet ist und die Anforderungen gemäß EAK (korrigierte Version 2020) erfüllt für den Deichbau verwendet werden. Diesbezüglich soll vor Baubeginn Kontakt mit dem NLWKN aufgenommen werden. Sulfat-saure Böden können hierbei nicht für den Deichbau verwendet werden, da zum Ausführungszeitraum keine Deichbauarbeiten stattfinden und Sulfat-saure Böden nicht gelagert werden können.

Weist der Grabenaushub Schadstoffbelastungen auf, so wird dieser getrennt von dem unbelasteten Material gelagert und in Abstimmung mit der OGE-Bauleitung und der zuständigen Fachbehörde untersucht und gegebenenfalls gem. LAGA M 20, § 12 BBodSchV sowie den

sonstigen Regelungen des BBodSchG und KrWG entsorgt. Entsprechende Konzepte zum Umgang mit dem Rohrgrabenaushub sind mit der bodenkundlichen Baubegleitung und der OGE-Bauleitung abzustimmen und zu dokumentieren (Entsorgungs- oder Annahmenachweis, Nachweis zur Belastung).

Zum Verfüllen des Rohrgrabens wird in Fällen, in denen der ursprüngliche Boden nicht wieder eingebaut werden kann und kein Überschussboden aus den übrigen Bereichen der Baustelle zur Verfügung steht, in Abhängigkeit von der Tiefe und den Bodenfunktionen geeigneter Austauschboden oder Sand angefahren (DIN 19639, DIN 18915, BBodSchG). Hiervon ist vorwiegend der C-Horizont betroffen. Auch hier ist die Zustimmung der Bodenkundlichen Baubegleitung zu Bodentransporten und -einbau erforderlich.